REZENSIONEN

<https://doi.org/10.1007/s00350-020-5724-7>

COVID-19. Corona-Gesetzgebung – Gesundheit und Soziales.

Von Rainer Schlegel, Miriam Meßling und Frank Bockholdt. Verlag C.H. Beck, München 2020, XIII und 395 S., kart., €59,00.

Die Corona-Pandemie fordert auch die Rechtsordnung und die Jurisprudenz heraus – allein schon deshalb, weil man kaum noch den Überblick behalten kann, was nun das geltende Recht ist. Insbesondere die Verordnungs- und Anordnungsbefugnisse, die § 5 Abs. 2 des IfSG nun dem Bundesministerium für Gesundheit in der berühmten „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ einräumt, haben ein recht unübersichtliches Normengeflecht entstehen lassen, das durch Parallelstrukturen auf Länderebene noch ergänzt wird.

Vor diesem Hintergrund ist es aller Ehren wert, dass sich der juristische Betrieb gleich aufgemacht hat, um der Normenflut Herr zu werden. Ganz früh war Kluckert (Hrsg.): Das neue Infektionsschutzrecht, auf dem Markt. Auch das grundlegend umgestaltete IfSG hat gleich mehrere neue Kommentierungen erfahren (Kießling und Eckart/Winkelmüller, Sängs soll dieser Tage erscheinen). Juristische Grundlagenreflexionen sind ebenfalls bereits erhältlich (Kersten/Rixen: Der Verfassungsstaat in der Corona-Krise). Selbst neue Zeitschriften sind gegründet worden („COVID-19 und Recht – COVuR“).

Wie fügt sich nun das Werk „COVID-19. Corona-Gesetzgebung – Gesundheit und Soziales“ dreier Sozialrichter, darunter der Präsident des BSG und eine weitere Richterin des BSG, in diese Literatur ein? Zunächst nimmt es eine thematische Beschränkung vor: Es konzentriert sich auf die gesundheits- und sozialrechtlichen Regelungen, die zur Bewältigung der Pandemie erlassen worden sind. Dies ist aber – wie schon der Umfang des Werks mit fast 400 Seiten beweist – nicht wenig, da zahlreiche „Corona-Regelungen“ diese Rechtsbereiche berühren: weil sie die Gesundheitsversorgung (inklusive der Pflege) sicherstellen oder die wirtschaftlich-sozialen Folgeschäden der Pandemie ausgleichen oder zumindest abmildern wollen. Nach einem die Rechtsentwicklung der letzten Monate skizzierenden einführenden Überblick werden die Corona-bedingten Veränderungen in den einschlägigen Rechtsbereichen – gerne im Vergleich zum vorherigen „Normalzustand“ – in 19 Kapiteln dargestellt und analysiert. Das gelingt ganz vorzüglich; der Leser wird präzise und gut nachvollziehbar informiert.

Wie fast alle Werke, die jetzt zum Recht (in) der Pandemie erscheinen, liegt der Schwerpunkt auf der transparenten Darstellung des Rechtszustandes; für eine tiefgreifende Analyse, was sich bewährt hat und welche Rechtsprobleme aufgetreten sind, ist es mitten in der Pandemie noch zu früh. Es ist – wie die Autoren einleitend selbst betonen, – eine „Momentaufnahme“ (S. V). Zudem werfen die hier analysierten Regelungen sicherlich Rechtsprobleme auf, haben aber – anders als etliche freiheitseinschränkende Maßnahmen des „Social Distancing“ – bisher noch nicht oder kaum zu Gerichtsverfahren geführt. Auch die Autoren halten sich in ihren Bewertungen zurück; die verfassungsrechtlichen Zweifel (insbesondere an den uferlosen Ermächtigungen des § 5 Abs. 2 IfSG) werden erwähnt, es wird aber auch viel Verständnis für die Situation des Gesetzgebers gezeigt (vgl. § 1, Rdnrn. 5 ff.).

Die Halbwertszeit derartiger Bücher wird überschaubar sein: Die meisten der behandelten Regelungen sind bis zum 31. 3. 2021 befristet (vgl. § 5 Abs. 4 IfSG) und werden dann hoffentlich außer Kraft treten können. Trotzdem werden uns ihre Auswirkungen und ihre Bewertung noch lange beschäftigen. Ein Blick in die „Corona-Gesetzgebung – Gesundheit und Soziales“ informiert dabei zuverlässig über das gesundheits- und sozialrechtliche Arsenal, das die Rechtsordnung Mitte des Jahres 2020 gegen das Virus aufgebildet hat.

Stefan Huster

Prof. Dr. iur. Stefan Huster,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sozial- und Gesundheitsrecht
und Rechtsphilosophie,
Juristische Fakultät, GD 2/111,
Ruhr-Universität Bochum,
Universitätsstraße 150, 44780 Bochum, Deutschland

Basiswissen Gesundheitsrecht.

Von Peter Kistorz. Erich Schmidt Verlag Berlin 2020, 158 S., kart. €19,80

Der Autor des Werkes, Prof. Dr. rer. soc. Peter Kistorz, lehrt am Fachbereich Gesundheit der Fachhochschule Münster Rechtswissenschaften mit den Schwerpunkten Gesundheitsrecht und Bildungsrecht. Er ist in jüngerer Zeit auch mit zahlreichen Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Pflege und der Pflegeausbildung hervorgetreten.

Das vorliegende Werk beschränkt sich, wie es im Vorwort heißt, bewusst auf die Vermittlung von Basiswissen zum Gesundheitsrecht. Die im Werk dargestellten Materien des Gesundheitsrechts sind dabei in der Hauptsache das Recht der GKV und der Sozialen Pflegeversicherung sowie der Sozialhilfe, ergänzt um das Recht der Patientenautonomie und der Haftung bei Behandlungs- und Pflegefehlern. Angesichts der Tatsache, dass das Recht der GKV und der Sozialen Pflegeversicherung ganz wesentlich den Gesundheitsschutz und die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung bestimmen, erscheint es als zweckmäßig, diese Kerngebiete des Gesundheitsrechts einem Band zum Basiswissen des Gesundheitsrechts zugrunde zu legen.

Die vier Kapitel des Werkes befassen sich mit dem Begriff und Gegenstand des Gesundheitsrechts (Kapitel 1), den Ansprüchen auf Gesundheitsleistungen (Kapitel 2), der Erbringung von Gesundheitsleistungen (Kapitel 3) und dem Bewirken von Gesundheitsleistungen (Kapitel 4). Allen Abschnitten ist ein kleiner Block mit Literaturhinweisen vorangestellt.

Das Kapitel zum Begriff und Gegenstand des Gesundheitsrechts beginnt mit einem kurzen verfassungsrechtlichen Hinweis zum Verständnis des Rechts auf Gesundheit. Dann werden die verschiedenen Begriffsauffassungen zu Umfang und Inhalt des Gesundheitsrechts dargelegt, wobei sich der Verfasser für ein sehr weites Begriffsverständnis ausspricht (S. 15): Das Gesundheitsrecht umfasst demnach die Gesamtheit aller Rechtsvorschriften, die die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Akteure bzw. Institutionen im Gesundheitswesen regeln und so das Gesundheitssystem konstituieren, steuern und ordnen und darauf abzielen, die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung bedarfsgerecht, qualitätsorientiert und wirtschaftlich sicherzustellen. Darauf folgt die Darstellung des gesundheitsrechtlichen Dreiecksverhältnisses. Beim Leistungserbringungs- bzw. Behandlungsverhältnis wird auch auf die heimrechtliche Situation im Zusammenhang mit dem Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz eingegangen.

Kapitel 2 befasst sich im Rahmen der Ansprüche auf Gesundheitsleistungen mit der GKV und der Sozialen Pflegeversicherung. Diese Materien werden untergliedert in: Anspruchsberechtigter Personenkreis (Versicherter Personenkreis – Versicherungsfälle), Leistungskatalog, Organisation und Finanzierung. Weiter enthält das Kapitel einen Abschnitt zu den leistungsrechtlichen Schnittstellen zwischen Kranken- und Pflegeversicherung. Während der Versicherungsfall der Krankheit eher nur rudimentär beschrieben wird (S. 28), wird der Komplexität des neuen Begriffs der Pflegebedürftigkeit gebührend, auch mit Graphiken, Rechnung getragen (S. 52 ff.). Im Abschnitt zur GKV wird der Kreis der versicherten Personen sehr breit dargestellt, was für die grundsätzlich an den Versicherungsschutz in der GKV anknüpfende Soziale Pflegeversicherung dann knapper ausfallen kann. Für beide Leistungszweige werden die Leistungen kurz, aber prägnant beschrieben, bei den SGB XI-Leistungen mit einer Untergliederung in Basisleistungen, Leistungen der häuslichen Pflege, Leistungen der teil- und vollstationären Pflege und Leistungen der Sozialhilfe. Damit wird das mittlerweile etwas unübersichtlich geratene Leistungssystem des SGB XI gut nachvollziehbar aufbereitet. Hilfreich sind auch hier die tabellarischen Leistungsübersichten.

Etwas eigenartig erscheint die Verortung des Versicherungsfalles des Arbeitsunfalles als leistungsausschließender Tatbestand im Verhältnis zu den Leistungen der GKV (S. 29 ff.). Immerhin findet so die Gesetzliche Unfallversicherung Eingang in die Behandlung derjenigen Sozialversicherungsleistungen, die Gesundheitsleistungen vorsehen. Kurz erwähnt wird auch das Verhältnis von Krankheits- und Behinderungsbegriff.

Kapitel 3 beginnt mit der institutionellen und personellen Aufgaben- und Arbeitsteilung bei der Erbringung von Gesundheitsleistungen. Unter ersterer werden die Versorgungsebene und Versorgungsbereiche und

Prof. Dr. iur. Gerhard Igl, Universitätsprofessor a.D.,
Güntherstr. 51, 22087 Hamburg, Deutschland